

Prüfungsrecht

Fischer / Jeremias / Dieterich

9. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-82691-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 27/2



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Prüfungsrecht

von

Edgar Fischer

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht in Berlin

und

Dr. Christoph Jeremias

Richter am Kammergericht in Berlin

und

Dr. Peter Dieterich, LL. M.

Richter am Verwaltungsgericht in Berlin

9., vollständig neubearbeitete Auflage 2026

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 82691 7

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbesändigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 9. Auflage

Der Erscheinungstag der 1. Auflage des von Norbert Niehues 1976 begründeten Werkes jährt sich demnächst zum 50. Male. Umfasste die 1. Auflage neben dem auf knapp 70 Seiten abgehandelten Prüfungsrecht noch maßgeblich das Schulrecht, füllt das Prüfungsrecht seit der 3. Auflage 1994 einen Band allein, dessen Umfang über die Jahre stetig angewachsen ist. Gleichwohl konnte die bewährte und das Buch seit Jahren auszeichnende Gliederung beibehalten werden. Um den Leserinnen und Lesern die Arbeit mit dem Werk auch im Übrigen zu erleichtern und die Verweise, insbesondere der Rechtsprechung, auf die Voraufgabe(n) nachvollziehen zu können, ist auch die Zuordnung zu den Randnummern weitgehend unverändert geblieben.

Die Neuerungen in der 8. Auflage standen maßgeblich mit der damals das öffentliche Leben bestimmenden Corona-Pandemie in Zusammenhang, die auch vor dem Prüfungswesen nicht Halt gemacht hatte. Der damit einhergegangene immense Digitalisierungsschub bei der Durchführung von Prüfungen wirkt sich nach wie vor auf das Prüfungsrecht aus. Die → Rn. 28 ff. behandeln die rechtssichere Durchführung von Online-Prüfungen, die auch nach dem Ende der Corona-Pandemie Teil der Ausbildungs- und Hochschullandschaft geblieben sind. Hinzu kommt die atemberaubende Fortentwicklung der Künstlichen Intelligenz, die die Geeignetheit mancher überkommener Prüfungsgestaltungen in Frage stellt. Die hiermit im Zusammenhang stehenden Rechtsfragen werden nicht in einem gesonderten Kapitel, sondern jeweils an inhaltlich passender Stelle behandelt. Denn auch bei der Bewältigung der mit Künstlicher Intelligenz verbundenen Herausforderungen geht es letztlich um die konsequente Anwendung und Fortschreibung überkommener Grundsätze des Prüfungsrechts. Mit Fragen der Täuschung wegen der Nutzung Künstlicher Intelligenz befasst sich etwa die → Rn. 233a, mit der Nutzung von Künstlicher Intelligenz bei der Bewertung von Prüfungsleistungen die → Rn. 321.

Berücksichtigt wurden bei der Neuauflage ca. 400 gerichtliche Entscheidungen aus den Jahren 2022 bis Herbst 2025. Zahlreiche Instanzgerichte und auch das Bundesverwaltungsgericht setzten sich in diesem Zeitraum mit der Frage der Rechtsfolgen unwirksamer Bestimmungen in Prüfungsordnungen, insbesondere im Hinblick auf gerichtliche Übergangsregelungen, auseinander. Diese Entwicklungen werden nachgezeichnet und systematisiert (→ Rn. 58 ff.). Von ungebrochen großer Relevanz in behördlicher Prüfungspraxis und prüfungsrechtlicher Judikatur sind zudem wie eh und je Rechtsfragen zu Prüfungsunfähigkeit und Dauerleiden, Rücktritt und Nachteilsausgleich; mit speziell Nachteilsausgleich und Notenschutz betreffenden Fragen hatte sich das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung aus dem November 2023 zu befassen, die in die → Rn. 301d ff. eingearbeitet wurde. Daneben werden – ausgehend von stets lebhaften Diskussionen dieses Themas in Seminaren zum Prüfungsrecht – nunmehr die formellen Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung detailliert betrachtet (→ Rn. 162 ff.). Ferner findet die Frage, inwieweit Prüfer auch an der Aufgabenstellung mitwirken müssen, nunmehr besondere Berücksichtigung in → Rn. 379b.

Im Teil zur Bewertung von Prüfungsleistungen (→ Rn. 520 ff.) wird die Frage, wie damit umzugehen ist, wenn eine nicht der Prüfungskommission angehörende Person an der Beratung teilnimmt, unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung eingehend erörtert (→ Rn. 561). Aufgrund der zunehmenden elektronischen Bekanntgabe von Prüfungsentscheidungen und der damit einhergehenden Rechtsfragen sind die Ausführungen

in → Rn. 700 überarbeitet worden. Der Frage, welche Anforderungen an die Bewertungsbegründung einer mündlichen Prüfungsleistung zu stellen sind, wird aufgrund verschiedener jüngerer Judikate in den → Rn. 713 ff. nachgegangen. Das Kapitel zum Überdenkungsverfahren (→ Rn. 783 ff.) ist – insbesondere um Lösungsansätze, ob und wie Fehler im Überdenkungsverfahren geheilt werden können – erweitert worden.

Der prozessrechtliche Teil (→ Rn. 804 ff.) berücksichtigt unter anderem die jüngeren Entwicklungen innerhalb der weiterhin regen Diskussion um die Verwaltungsaktqualität von Prüfungsentscheidungen (→ Rn. 814 ff.) und die daraus resultierenden Folgen für den Rechtsschutz (→ Rn. 821 ff.). Daneben werden die Auswirkungen des im Februar 2025 beschlossenen neuen Streitwertkatalogs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit auf das Prüfungsrecht beleuchtet (→ Rn. 914).

Wir bitten um Nachsicht und Verständnis, dass wir auch bei dieser Auflage aus Gründen der Lesbarkeit bei der Bezeichnung von Personen das generische Maskulinum verwenden. Wir schließen damit niemanden aus.

Anregungen und Kritik nehmen wir gerne über den Verlag C.H.Beck oder durch Zuschrift an Fischer-Jeremias-Dieterich@gmx.de entgegen.

Berlin, im Herbst 2025

*Edgar Fischer
Christoph Jeremias
Peter Dieterich*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis (alphabetisch)

<i>Dr. Peter Dieterich</i>	§§ 1, 2, 6, 9
<i>Edgar Fischer</i>	§§ 4, 5, 7, 8
<i>Dr. Christoph Jeremias</i>	§ 3





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 9. Auflage	V
Bearbeiterverzeichnis (alphabetisch)	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV
Schrifttumsverzeichnis (Auswahl)	XIX
§ 1 Einführung/Grundfragen des Prüfungswesens	1
I. Die rechtliche Ordnung des Prüfungsgeschehens	1
II. Prüfungen als staatliche Angelegenheit/Grenzen der hoheitlichen Gestaltungsfreiheit	4
III. Das Prüfungsrechtsverhältnis	7
§ 2 Rechtsgrundlagen der Prüfungen/Rechtsgültigkeit der Prüfungsordnungen	11
I. Der Vorbehalt des Gesetzes	11
II. Anforderungen an die Rechtsgültigkeit von Prüfungsordnungen/Folgen der Rechtsgültigkeit	48
III. Änderung der Prüfungsordnung/Vertrauensschutz	55
IV. Verwaltungsvorschriften/ständige Prüfungspraxis	64
V. Beispiele normativer Regelungen einzelner Prüfungen	67
§ 3 Das Prüfungsverfahren	87
I. Grundrechtsschutz durch Gestaltung des Prüfungsverfahrens	87
II. Rechte und Pflichten des Prüflings im Prüfungsverfahren	89
III. Zur Person des Prüfers	189
IV. Zuständigkeitsfragen/Besetzung der Prüfungskommission	218
V. Der Prüfungsstoff/Rechtliche Anforderungen an die Prüfungsaufgaben	228
VI. Form und Verlauf der Prüfung	246
VII. Das Prüfungsprotokoll	278
VIII. Störungen durch äußere Einwirkungen	282
IX. Folgen der Verletzung von Verfahrensvorschriften	291
§ 4 Die Bewertung der Prüfungsleistungen	309
I. Das Verfahren bei der Bewertung der Prüfungsleistungen	309
II. Inhaltliche Anforderungen an die Bewertung von Prüfungsleistungen	350
§ 5 Die Prüfungsentscheidung	383
I. Die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses	383
II. Die Form der Prüfungsentscheidung	386
III. Die Begründung der Prüfungsentscheidung	387
IV. Möglichkeiten der Korrektur des Prüfungsergebnisses	398
§ 6 Die Anerkennung von Abschlüssen und sonstigen Berechtigungen	401
I. Anerkennung von in einem anderen Bundesland erworbenen Abschlüssen	402
II. Anerkennung von Abschlüssen und Anrechnung sonstiger Leistungen bei Bachelor- und Masterstudiengängen	411
III. Anerkennung von in der Deutschen Demokratischen Republik erworbenen Abschlüssen	417
IV. Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen	419
§ 7 Die Wiederholung der Prüfung	427
I. Rücktritt mit „Wiederholungsrecht“	427
II. Wiederholung zur Korrektur von Prüfungsmängeln	428
III. Reguläre Wiederholungsmöglichkeiten	431

§ 8 Einwendungen gegen die Prüfungsentscheidung/verwaltungsinternes Kontrollverfahren	443
I. Vorprozessuales Verfahren bei Einwendungen des Prüflings gegen die Prüfungsentscheidung	443
II. Der Anspruch des Prüflings auf ein „Überdenken“ der Bewertung seiner Leistungen	446
 § 9 Prozessrechtliche Fragen	461
I. Verwaltungsrechtsschutz im Prüfungswesen	461
II. Der Verwaltungsrechtsweg	461
III. Örtliche Zuständigkeit	465
IV. Verfahrensbeteiligte	466
V. Streitgegenstand	468
VI. Vorliegen eines Verwaltungsakts	469
VII. Klagearten	482
VIII. Klagebefugnis	496
IX. Das Vorverfahren	497
X. Fristen	499
XI. Das allgemeine Rechtsschutzinteresse	503
XII. Das gerichtliche Verfahren im Einzelnen	509
XIII. Die gerichtliche Kontrolldichte/Bewertungsspielraum des Prüfers	524
XIV. Der Inhalt der gerichtlichen Entscheidung/Bindungswirkung	534
XV. Vorläufiger Rechtsschutz	538
XVI. Streitwert	553
XVII. Vergleichsmöglichkeiten	558
 Sachverzeichnis	561

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung/Grundfragen des Prüfungswesens	1
I. Die rechtliche Ordnung des Prüfungsgeschehens	1
II. Prüfungen als staatliche Angelegenheit/Grenzen der hoheitlichen Gestaltungsfreiheit	4
III. Das Prüfungsrechtsverhältnis	7
§ 2 Rechtsgrundlagen der Prüfungen/Rechtsgültigkeit der Prüfungsordnungen	11
I. Der Vorbehalt des Gesetzes	11
1. Grundsätzliche Geltung	11
2. Regelung des Verfahrens und der Zuständigkeit	18
3. Regelung der Leistungsanforderungen und der Leistungsbewertung – insbesondere Anforderungen an die Regelung eines Antwort-Wahl-Verfahrens	37
4. Regelung schulischer Leistungsbewertungen	44
II. Anforderungen an die Rechtsgültigkeit von Prüfungsordnungen/Folgen der Rechtsungültigkeit	48
III. Änderung der Prüfungsordnung/Vertrauensschutz	55
IV. Verwaltungsvorschriften/ständige Prüfungspraxis	64
V. Beispiele normativer Regelungen einzelner Prüfungen	67
1. Juristische Prüfungen	67
2. Ärztliche Prüfungen	75
3. Prüfungen in den Bachelor- und Masterstudiengängen	80
§ 3 Das Prüfungsverfahren	87
I. Grundrechtsschutz durch Gestaltung des Prüfungsverfahrens	87
II. Rechte und Pflichten des Prüflings im Prüfungsverfahren	89
1. Anspruch auf Zulassung zur Prüfung und Durchführung des Prüfungsverfahrens	89
a) Zulassung zur Prüfung	90
b) Anspruch auf Durchführung/Fortsetzung des Prüfungsverfahrens	104
2. Beendigung des Prüfungsverfahrens/Rücktritt aus wichtigem Grund	106
3. Anspruch auf Information, Anhörung, Akteneinsicht	109
a) Rechtsgrundlagen	109
b) Information und Anhörung	111
c) Akteneinsicht	115
4. Mitwirkungspflichten des Prüflings/Rügeobliegenheiten/-pflichten	121
5. Unterlassung von Störungen	127
6. Persönlich zu erbringende Leistungen/Täuschungsverbot	128
a) Persönliche selbstständige Leistung	128
b) Täuschungsversuch	130
c) Sanktionen	141
7. Persönliche Behinderungen/Verhinderungen	148
a) Krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit, Säumnis, Rücktritt wegen wichtigen Grundes	148
b) Dauerhafte Beeinträchtigungen, Dauerleiden und Nachteilsausgleich	173
III. Zur Person des Prüfers	189
1. Allgemeine persönliche Qualifikation	189
2. Fachliche Qualifikation	190

3. Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit	196
4. Die Gebote der Fairness und der Sachlichkeit	202
5. Ausschluss von der Prüfung/Befangenheit	208
IV. Zuständigkeitsfragen/Besetzung der Prüfungskommission	218
V. Der Prüfungsstoff/Rechtliche Anforderungen an die Prüfungsaufgaben	228
1. Grundanforderungen an die Auswahl des Prüfungsstoffs	228
2. Inhaltliche Einzelanforderungen an den Gegenstand der Prüfung; (Un-) Beachtlichkeit von Ausbildungsmängeln	233
3. Klarheit und Eindeutigkeit der Prüfungsaufgaben	241
VI. Form und Verlauf der Prüfung	246
1. Zeitliche Bindungen	247
a) Vorbereitungs-, Bearbeitungs- und Prüfungszeiten	247
b) Fristen, Termine, Ladungen	251
2. Grenzen des Gestaltungsermessens der Prüfer und Prüfungsbehörden	255
a) Örtliche und räumliche Arbeitsbedingungen	257
b) Gestaltung der häuslichen oder praktischen Arbeit	259
c) Gestaltung von Aufsichtsarbeiten	262
d) Organisation und Gestaltung der mündlichen oder mündlich-praktischen Prüfung	268
e) Organisation und Gestaltung von elektronischen Prüfungen	274
VII. Das Prüfungsprotokoll	278
VIII. Störungen durch äußere Einwirkungen	282
1. Erheblich störende Einwirkungen	283
2. Vorsorge und Abhilfe durch die Prüfungsbehörde	285
3. Rechtzeitige Rüge des Prüflings	287
IX. Folgen der Verletzung von Verfahrensvorschriften	291
1. Die Erheblichkeit des Verfahrensmangels	291
2. Berichtigung offensichtlicher Fehler/Heilung von Verfahrensmängeln	295
3. Fehlerbeseitigung/Neubewertung oder Wiederholung der Prüfung	296
a) Fehler im Verfahren zur Ermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten des Prüflings	296
b) Bewertungsfehler	301
4. Anspruch auf Schadensersatz	303
§ 4 Die Bewertung der Prüfungsleistungen	309
I. Das Verfahren bei der Bewertung der Prüfungsleistungen	309
1. Grundanforderungen an das Bewertungsverfahren	310
a) Richtige und vollständige Erfassung des Gegenstandes der Bewertung	311
b) Absolute oder relative Bewertung	313
c) Kompensation schlechter Einzelnoten durch bessere Leistungen in anderen Fächern	316
d) Zusammenwirken mehrerer Prüfer/Zweiprüferprinzip	319
2. Benotung	328
a) Der Leistungsnachweis durch Punkte und Noten	328
b) Die Notenbildung	328
3. Besonderheiten beim Antwort-Wahl-Verfahren	337
4. Sonstige Anforderungen an das Bewertungsverfahren	344
II. Inhaltliche Anforderungen an die Bewertung von Prüfungsleistungen	350
1. Die Grundlagen und der Gegenstand der Bewertung	350
2. Materiell-rechtliche Vorgaben für die Leistungsbewertung	355
a) Bei fachspezifischen und bei prüfungsspezifischen Wertungen	355
b) Das Willkürverbot/sachfremde Erwägungen	357
c) Das Gebot, allgemein gültige Bewertungsgrundsätze zu beachten	361
d) Das Gebot, Gleiches gleich zu bewerten	367
e) Sonstige rechtliche Bindungen (Zusagen, ständige Bewertungspraxis)	369

3. Die Erheblichkeit inhaltlicher Bewertungsfehler	371
4. Neubewertung	373
5. Verschlechterungsverbot	377
§ 5 Die Prüfungsentscheidung	383
I. Die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses	383
II. Die Form der Prüfungsentscheidung	386
III. Die Begründung der Prüfungsentscheidung	387
1. Einfachgesetzliche Grundlagen	387
2. Verfassungsrechtliche Gewährleistungen	388
a) Anspruchsgrundlagen	388
b) Art und Umfang der Gewährleistungen	388
IV. Möglichkeiten der Korrektur des Prüfungsergebnisses	398
§ 6 Die Anerkennung von Abschlüssen und sonstigen Berechtigungen	401
I. Anerkennung von in einem anderen Bundesland erworbenen Abschlüssen	402
II. Anerkennung von Abschlüssen und Anrechnung sonstiger Leistungen bei Bachelor- und Masterstudiengängen	411
III. Anerkennung von in der Deutschen Demokratischen Republik erworbenen Abschlüssen	417
IV. Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen	419
§ 7 Die Wiederholung der Prüfung	427
I. Rücktritt mit „Wiederholungsrecht“	427
II. Wiederholung zur Korrektur von Prüfungsmängeln	428
III. Reguläre Wiederholungsmöglichkeiten	431
1. Wiederholung nicht bestandener Prüfungen	431
2. Freiversuch und Wiederholung bestandener Prüfungen	439
§ 8 Einwendungen gegen die Prüfungsentscheidung/verwaltungsinternes Kontrollverfahren	443
I. Vorprozessuales Verfahren bei Einwendungen des Prüflings gegen die Prüfungsentscheidung	443
II. Der Anspruch des Prüflings auf ein „Überdenken“ der Bewertung seiner Leistungen	446
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	446
2. Voraussetzung: Substantiierte Einwendungen	447
3. Zuständigkeiten und Ablauf des Verfahrens	449
§ 9 Prozessrechtliche Fragen	461
I. Verwaltungsrechtsschutz im Prüfungswesen	461
II. Der Verwaltungsrechtsweg	461
III. Örtliche Zuständigkeit	465
IV. Verfahrensbeteiligte	466
V. Streitgegenstand	468
VI. Vorliegen eines Verwaltungsakts	469
VII. Klagearten	482
1. Anfechtungsklage	484
2. Verpflichtungsklage (Vornahme-/Bescheidungsklage)	487
3. Leistungsklage	491
4. Feststellungsklage	492
5. Fortsetzungsfeststellungsklage	493

VIII. Klagebefugnis	496
IX. Das Vorverfahren	497
X. Fristen	499
XI. Das allgemeine Rechtsschutzinteresse	503
XII. Das gerichtliche Verfahren im Einzelnen	509
1. Die Aufklärung des Sachverhalts	509
2. Beweiserhebung	517
3. Beweislast	519
4. Hinweispflicht des Gerichts	522
XIII. Die gerichtliche Kontrolldichte/Bewertungsspielraum des Prüfers	524
XIV. Der Inhalt der gerichtlichen Entscheidung/Bindungswirkung	534
XV. Vorläufiger Rechtsschutz	538
1. Aussetzungsverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	540
2. Anordnungsverfahren nach § 123 VwGO	545
XVI. Streitwert	553
XVII. Vergleichsmöglichkeiten	558
Sachverzeichnis	561


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG